Resolution - CCS: teuer, hoch risikoreich und ein Freifahrtschein für klimaschädliche Vorhaben – Bundesrat muss das Gesetz verhindern!

Die Bundesdelegiertenversammlung (BDV) fordert den Bundesrat auf:

Lehnen Sie die Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes (KSpG) ab!

Mit der Gesetzesänderung zur Abscheidung und Speicherung von CO_2 (Carbon Capture and Storage – CCS) bremst die Bundesregierung die Energiewende aus und höhlt den Vorrang der Kohlendioxid-Vermeidung vor teuren Scheinlösungen aus. Sie setzt auf eine wirkungslose Technik mit enormem Energie- und Ressourcenaufwand, die in anderen Ländern bereits gescheitert ist. Das wirft Deutschland energie- und industriepolitisch weit zurück.

Kommt das Gesetz und die versprochenen Milliarden Subventionen für CCS, wäre dies ein Blankoscheck für fossile Großkonzerne, die damit neue Geschäftsmodelle erschließen könnten – je mehr CO_2 produziert wird, desto erfolgreicher das Geschäft. Noch verstärkt wird diese Tendenz durch die geplanten Aufweichungen der EU-Klimaziele unter Nutzung von „Negativemissionstechnologien“. Die Kosten und Risiken hingegen würden auf Staat und Verbraucher*innen abgewälzt. Eine Langzeitsicherheit für CCS gibt es nicht, CCS ist eine Ewigkeitslast.

Für besonders kontraproduktiv erachtet der BUND, dass die geplanten CO_2-Leitungsnetze und -Deponien für sämtliche, auch vermeidbare, Industrieemissionen, Emissionen aus der Müllverbrennung und sogar für fossile Gaskraftwerke zugänglich sein sollen. Das im Gesetz vorgesehene “überragende öffentliche Interesse” für CCS setzt falsche Prioritäten, führt zu massiver Flächenkonkurrenz mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, schwächt Natur- und Umweltbelange und beschneidet Beteiligungs- und Klagerechte. Eine Länderöffnungsklausel im CCS-Gesetz soll den Landesregierungen C02-Deponien sogar an Land ermöglichen. Mögliche Lecks und Havarien würden die Gesundheit der Menschen bedrohen, unser Grund- und Trinkwasser gefährden und das Risiko von Erdbeben erhöhen.

Statt Milliardenbeträge in eine unsichere und riskante Technologie zu verschwenden, müssen die Mittel in wirksame Klimaschutzmaßnahmen fließen: Wir fordern den Bundesrat deshalb auf: Bringen Sie die Reduktion von Produktion und Konsum, die Dekarbonisierung der Industrie und eine echte Kreislaufwirtschaft voran, fördern Sie Lösungen für Energieeinsparung und weitere Maßnahmen der Suffizienz, den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien und die Regeneration natürlicher CO_2-Speicher wie wiedervernässte Moore, naturnahe Wälder und intakte Meere.